

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/005/2022

Sozialausschuss am 17.02.2022

<b>Zu Punkt 9.1: Vorstellung des Dortmunder Projekts "SUSE" hier: Antrag der SPD Fraktion vom 04.02.2022</b>
--

Die Vorsitzende übergibt das Wort an KA Niehof, die den Antrag der SPD-Fraktion kurz erläutert. Sie führt aus, dass die SPD-Fraktion das Projekt gerne als zusätzlichen Baustein und als Ergänzung zum Programm der ALTERnativen60plus vorgestellt bekommen möchte. Im Gegensatz zu den „Haushaltsnahen Dienstleistungen“ innerhalb der ALTERnativen60plus richtet sich dieses Projekt an Seniorinnen und Senioren, die Leistungen der Grundsicherung bzw. nach dem SGB II erhalten und noch keinen Pflegegrad haben. Denkbar ist hier beispielsweise die Unterstützung bei Arztbesuchen.

KA Kuchler teilt mit, dass sie den Antrag unterstützt hätte. Als Einzelmitglied ist sie jedoch nur beratend im Sozialausschuss und hat kein Stimmrecht. Insofern bittet sie die stimmberechtigten Mitglieder um ein entsprechend positives Votum.

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN signalisieren für diesen Antrag zu stimmen, möchten aber zunächst die Stellungnahme der Verwaltung abwarten.

Herr Klemmer teilt hierzu mit, dass er im letzten Sozialausschuss am 25.11.2021 im Zuge eines Antrags zu einer ähnlichen Thematik bereits zugesichert hat, dass sich die Verwaltung nach Abschluss der umfangreichen Erörterungen zur Thematik Gewaltschutz nun auch der Thematik „Alter/ Senioren“ widmen möchte. Die Verwaltung würde dies gerne als Chance nutzen, einmal aufzugreifen, über welche Angebote der Kreis bereits verfügt und diese in einem der nächsten Ausschüsse darstellen.

Er verdeutlicht, dass der Kreis über ein großes Portfolio verfügt und nennt bereits vorab die Pflege- und Wohnberatungen, die Seniorenbegegnungsstätten, die Angebote der Unterstützung im Alltag, Kontrakte mit der Liga der Wohlfahrt sowie das Angebot Chance+. Hierbei handelt es sich um eine Kooperation mit dem Jobcenter. Ferner bestehen Schnittstellen zu 50-5. So bietet die Caritas bereits im Kreisgebiet mehrere Qualifizierungsmaßnahmen für Geflüchtete zum Alltagsbegleiter an. Unter anderem werden fachbezogenes Deutsch sowie Grundlagen der Kranken-/Altenpflege vermittelt. Darüber hinaus sind auch die städtischen Strukturen und Angebote dringend zu beachten. Herr Klemmer schlägt daher vor, dass die Verwaltung zunächst einmal alle bereits bestehenden Angebote zur Thematik im Kreis auflistet und darstellt. Im Anschluss kann dann eruiert werden, ob Angebote fehlen bzw. noch benötigt werden.

KA Kuchler teilt mit, dass sie Vorstellung der bereits bestehenden Angebote sehr begrüßt. Dennoch plädiert sie dafür, das Projekt vorab vorzustellen. Ihrer Meinung nach kann man nur beurteilen, ob ein Angebot fehlt, wenn man es kennt.

Herr Kowalczyk führt ergänzend an, dass die Verwaltung nicht grundsätzlich ausschließt, jemanden zu diesem Projekt einzuladen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man auch schauen muss, ob dieses Projekt überhaupt im Kreis anwendbar ist. Dies ist bei „SUSE“ 1:1 nicht der Fall, da es sich nur auf eine kreisfreie Stadt und deren Strukturen und keinen Kreis konzentriert.

Die Fraktionen von UWG, FDP, CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN möchten dem Vorschlag der Verwaltung folgen und zunächst die Zusammenstellung der Verwaltung abwarten.

KA Niehof schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass nach der Vorstellung der bereits bestehenden Angebote im Kreis durch die Verwaltung das Projekt „SUSE“ als mögliche Ergänzung im Sozialausschuss vorgestellt wird.

KA Hannewald führt hierauf an, dass es sich dabei aber möglicherweise um einen Vorratsbeschluss handelt, der gegebenenfalls nach Vorstellung der bestehenden Angebote keinen Sinn macht. Ergänzend ist hier anzuführen, dass die Verwaltung bereits darauf hinweist, dass es in einer

möglichen Umsetzung des Projekts strukturelle Probleme geben wird. Es ist jedoch freigestellt, den Antrag nach den Ausführungen der Verwaltung erneut zustellen.

Hierauf gibt KA Kähler zu bedenken, dass zwar die Verwaltung von einer Nichtübertragbarkeit und strukturellen Problemen bei der Umsetzung des Projekts spricht. Sie kann dies jedoch erst beurteilen, wenn ihr das Projekt vorgestellt wurde. Sie findet es daher schade, diese Möglichkeit nicht zu nutzen.

KA Niehof zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück und wird zu gegebener Zeit bei Bedarf wieder darauf zurückkommen.